Bezugsgebühr vierteljährlich Mk. 2.80, durch die Post Mk. 2.75.

Die Annahme von Ankündigungen für die nächste Nummer erfolgt in der Hauptgeschäftsstelle, Marienstr. 38, u. in den Nebenannahmestellen v. Vorm. 8 bis 3 Uhr Nachm. Sonntags nur Marienstr. 38 v. 11–½1 Uhr Mittags.

Anzeigentarif. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pf., Doppelzeile „unter dem Strich" (Eingesandt) 40 Pf. Grundzeile für Montags oder nach Festtagen 30 Pfg. (für Familiennachrichten ꝛc.), bei 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter werd. m. 10 Pf. berechnet. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 u. Nr. 2095. Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

44. Jahrgang.

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf **Dresden, Altmarkt 2.**

Telegr.-Adresse: Nachrichten, Dresden.

WEIN-Handlung -Stuben • Portikus a. d. Marktballe

Max: Kunath Wallstr. 8

Erdmann Hindorf
10 Sachsen-Allee 10
Agentur u. Kommissions-Geschäft
empfiehlt sich zur Annahme von Inseraten u. Abonnements für die „**Dresdner Nachrichten.**"

Atelier für feine **Corsets** nach Maass. Grosses Lager von Paris und Brüssel.

Heinrich Plaul Hoflieferant Wallstr. 25

Tuchwaaren. Lager hochfeiner deutscher und englisch. eleganter Anzug-, Hosen- und Paletotstoffe in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten zu billigsten Preisen.

Hermann Pörschel, Schefelstrasse 19.

Nr. 25. Spiegel: Englische Politik. Hofnachrichten, Bürgermeisterwahl, Kolonialgesellschaft, Gesammtraths-Sitzung, Circus, Gerichtsverhandlungen. „Der Bärenhäuter". | Muthmaßl. Witterung: Schneefall. | **Mittwoch, 25. Januar 1899.**

Für die Monate

Februar und März

werden Bezugsbestellungen auf die „Dresdner Nachrichten" für **Dresden** und die Vororte **Blasewitz, Plauen** und **Löbtau** bei der Haupt-Geschäftsstelle, **Marienstrasse 38**, und allen Neben-Annahmestellen zum Preise von

1 Mk. 70 Pfg.,

für **auswärts** bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete zu **1 Mk. 84 Pfg.**, in Oesterreich-Ungarn zu **1 Gulden 60 Kreuzern** angenommen.

Ankündigungen und Bezugsbestellungen

für den **nächsten** Tag werden täglich bis **3 Uhr Nachmittags** angenommen ausser in der Haupt-Geschäftsstelle **Marienstrasse 38:**

Grosse Klostergasse 5, Johannes Pässler;
Königsbrückerstr. 39, Fritz Gilbers;
Merseburgerstr. 2, Otto Pilz;
Ecke Pillnitzer- und Albrechtsstr., Albert Kaul;
Sachsen-Allee 10, Hindorf;
Schäferstr. 65, Gust. Seyler;
Uhlandstr. 17, Otto Bischoff;
Zöllnerstr. 12, Ecke Striesenerstrasse, Max Roll;
Löbtau: Wilsdrufferstr. No. 4, C. A. Götze,
Dresdenerstr. 4, Max Jesch;
Plauen: Kirchstr. 1 und **Reisewitzerstr. 2c,** Arthur Matthaes;
Blasewitz: Tolkewitzerstr. 2, Heinrich Niebling.

„Offene Thüren" oder „Interessensphären"?

In der auswärtigen Politik ist nicht bloß in der letzten Zeit, sondern überhaupt im ganzen Laufe des verflossenen Jahres von nichts mehr die Rede gewesen als von der „offenen Thür". Die „offene Thür" ist ein Grundsatz oder besser gesagt ein Schlagwort, unter dessen Herrschaft die Engländer ihre auswärtige Politik gestellt haben, indem sie behaupten, Großbritannien halte seine Grenzen der fremden Einfuhr völlig frei und dieses Beispiel müßten auch die übrigen Mächte zu ihrem eigenen Nutz und Frommen in möglichst großem Umfange nachahmen. So lange die Engländer sich um das handelspolitische Wohl und Wehe der fremden Staaten nur platonisch besorgt zeigen, ist gegen die Empfehlung des allgemeinen Bekenntnisses zu dem Prinzip der „offenen Thür" gewiß nichts einzuwenden. Anders aber wird die Sache, wenn man von London aus Miene macht, das Zuhalten der Thüren von Seiten nichtenglischer Staaten mit Gewalt zu verhindern, wie dies auf dem hier hauptsächlich in Frage kommenden ostasiatischen Streitgebiete versucht worden ist. In Ostasien wurde den Engländern im Vorjahre die offene Thür von den Russen vor der Nase zugemacht und darüber geriethen die Herren so sehr in Harnisch, daß von verschiedenen Seiten mit dem Anschein des bittersten Ernstes die Meinung ausgesprochen wurde, England müsse ein solches Verhalten Rußlands als Kriegsfall betrachten. Wer weiß, was am Ende geschehen wäre, wenn nicht Lord Salisbury damals bereits den kommenden Konflikt mit Frankreich bestimmt vorausgesehen und deshalb seine ganze Autorität zur Entkräftung des Einflusses der zum Kriege mit Rußland drängenden Elemente aufgeboten hätte. Inzwischen ist aber die chauvinistische Richtung, die Rußland in Ostasien die Pistole auf die Brust setzen möchte, um es zur Offenhaltung seiner Thüren zu zwingen, keineswegs von der Bildfläche verschwunden. Vielmehr gährt es in den Köpfen vom Chamberlain'schen Schlage unaufhörlich weiter und bis zu einer fixen nationalen Idee droht sich der Gedanke auszuwachsen, daß England im Bunde mit Amerika, Japan und — Deutschland den Kampf um die „offene Thür" in Ostasien aufnehmen müsse.

Wenn England die ganze Welt mit einer Politik der „offenen Thür" beglücken will, so wäre jedenfalls die oberste Voraussetzung, daß es selbst die feste und unerschütterliche Absicht hätte, seinerseits für ewige Zeiten an diesem Leitsatze festzuhalten. In der That, könnten die Engländer der übrigen Welt feste und zuverlässige Bürgschaften dafür geben, daß sie nie und unter keinen Umständen ihre eigene Thür dem fremden Wettbewerbe verschließen würden, dann brauchten die übrigen Staaten sich um das eigene Erobern und Organisiren von neuen Ländergebieten keine Sorge zu machen; sie könnten das Alles dann ruhig den Briten überlassen und brauchten hinterher nur durch die offene Thür hineinzuspazieren, an der sie von dem großmüthigen Albion mit gastlichen Armen empfangen würden. Selbst der stärkste Glaube an die Kraft des Angelsachsenthums kann sich aber doch unmöglich bis zu der absurden Annahme versteigen, daß England allein im Stande sein würde, auf die Dauer die ungehinderte Konkurrenz der ganzen civilisirten Welt zu ertragen. Das Eine ist allerdings richtig, daß die langjährige Alleinherrschaft Englands im Welthandel dem Lande ein kolossales Nationalvermögen eingebracht hat, auf Grund dessen Großbritannien als einzige unter den heutigen Großmächten noch den Schein des vollkommenen Freihandels aufrecht zu erhalten vermocht hat. Alles hat indessen seine Grenzen, und von dieser Regel macht auch Großbritannien keine Ausnahme. Schon jetzt hat die fremde Einfuhr nach England einen wahrhaft erdrückenden Umfang von solcher lastenden Wucht angenommen, daß das Land, wie die Handelsstatistik beweist, bereits anfängt, von seinem Kapital anstatt von dessen Erträgnissen zu leben. Damit ist der erste Schritt auf der abwärts führenden Bahn geschehen, und es kann nur noch eine Frage der Zeit sein, wenn an England die unerbittliche Nothwendigkeit herantreten wird, seine Grenzen in Europa sowohl wie in den Kolonien mit wirksamen zollpolitischen Schutzmaßregeln nach dem Vorgange der übrigen Mächte zu versehen. Einmal muß dieser Fall eintreten, und dann hätten alle diejenigen Staaten das Nachsehen, die schwach genug gewesen wären, sich von den englischen Schwärmern für den Grundsatz der „offenen Thür" einfangen zu lassen.

Für die Beurtheilung künftiger Konflikte, die sich aus dem Beharren Englands auf dem hier erörterten Standpunkte zu entwickeln drohen, ist die Feststellung der praktischen Undurchführbarkeit der unbeschränkten Offenhaltung aller kolonialen Erwerbungen für den allgemeinen Handelsverkehr von Wichtigkeit. Die Engländer denken ihrerseits auch gar nicht daran, dem Prinzip zu Liebe ihre Thüren offen zu halten, wenn ihr handelspolitisches Interesse es einmal unerbittlich anders verlangen sollte. Wenn England trotzdem die „offene Thür" zum Vorwand nähme, um früher oder später eine bewaffnete Auseinandersetzung mit Rußland herbeizuführen, so müßten die öffentlichen Sympathien mit Nothwendigkeit dem Czarenreiche als dem zweifellos provozirten Theile sich zuwenden. Es schlägt den thatsächlichen Verhältnissen in's Gesicht, wenn die englischen Hetzsporne die schicksalsvolle Unvermeidlichkeit eines Krieges zwischen England und Rußland um der chinesischen Zungen willen behaupten. Die Russen wünschen und brauchen dort keinen Krieg, der ihnen nichts nützen, wohl aber aller Wahrscheinlichkeit sehr viel schaden würde. Sie sind ihrer Sache in Nordchina auch ohne Kampf sicher und warten zur völligen Befestigung ihrer dortigen Herrschaft nur noch die Vollendung der transsibirischen Eisenbahn ab. Die Engländer brauchen blos ihr „Prinzip", daß ihnen Alles gehören muß, in Ostasien preiszugeben und sich wie die übrigen Mächte mit einem angemessenen Antheil zu begnügen: dann entfällt auch die angebliche „Nothwendigkeit" eines Krieges zwischen den beiden Mächten um die „Vorherrschaft" in Ostasien.

Man braucht deshalb noch lange nicht von einer Verständigung zwischen England und Rußland auf der ganzen Linie oder gar von einem Bündniß der beiden Nebenbuhler zu träumen, nach dem Vorbilde jenes englischen Predigers, der vor langen Jahren in Petersburg von der Kanzel aus die Worte sprach: „Ein Bündniß zwischen England und Rußland wird für die Ewigkeit sein, weil Gott selbst es angeordnet hat". Alle civilisirten Mächte haben aber ein gemeinsames wesentliches Interesse daran, von England zu fordern, daß es im ferneren Verlaufe der ostasiatischen Frage unterläßt, sich weiter auf den unhaltbaren Grundsatz der „offenen Thür" zu versteifen und dadurch die allgemeine Lage in einem den Frieden gefährdenden Sinne zu beeinflussen. Eine friedliche Verständigung über die allmähliche Aufstheilung Chinas unter alle betheiligten Mächte ist wohl möglich, aber nur dann, wenn an die Stelle der „offenen Thür" die „Interessensphären" gesetzt und völkerrechtlich anerkannt werden. Zu weiterer Wirkung könnte eine derartige Abmachung auch nur künftig die egoistische Stellung Englands beeinflussen. Freilich müßte sich dann England auch zu einer ehrlichen Achtung der durch fremde Einflußsphären ihm selbst auferlegten Beschränkungen verstehen. Nordchina würde beispielsweise ohne Frage als ausschließliche Einflußsphäre Rußlands zu betrachten sein. Wenn England es ablehnt, aus Egypten herauszugehen und sich zu dem Zwecke auf seine für den Fortschritt des Landes gemachten civilisatorischen Anstrengungen beruft, so darf es billiger Weise auch nicht an Rußland die Zumuthung stellen, daß es Nordchina aufgeben soll, für dessen kulturelle Erschließung die Russen nach ihrer Art doch noch unendlich viel mehr geleistet haben als die Engländer für Egypten.

Je klarer und unzweideutiger von deutscher Seite den Engländern zu verstehen gegeben wird, daß die neuerdings verbesserten deutsch-englischen Beziehungen unter keinen Umständen zu der Unterstützung einer englischen Politik der „offenen Thür" in Ost-Asien führen können, um so weniger wird zu fürchten sein, daß man sich in London Illusionen hingiebt, die einer Verständigung über den Begriff der Interessensphären gefährlich sind. Im Uebrigen soll keineswegs geleugnet werden, daß Fälle denkbar sind, in denen Deutschland mit England gemeinsame Interessen in Ostasien zu vertreten hätte. So lange wir aber die Gewißheit haben, daß Rußland nichts thut, um unsere eigene Stellung in Ostasien zu gefährden, werden wir um keinen Preis dazu zu haben sein, uns um der „offenen Thüren" willen zu Gunsten Englands mit Rußland zu verfeinden. In den maßgebenden deutschen Kreisen ist man im Gegentheil der Ueberzeugung, daß die „offenen Thüren" beseitigt werden und an ihre Stelle die „Interessensphären" treten müssen, wenn die Keime zu Verwickelungen aus den ostasiatischen Verhältnissen gründlich entfernt werden sollen. Der bevorstehenden Friedens-Konferenz eröffnet sich hier eine dankbare Aufgabe. Wenn es ihr gelingen sollte, eine Verständigung der Großmächte über eine Gliederung ihres ostasiatischen Einflusses nach Interessensphären anzubahnen, so würde sie dem Weltfrieden einen weit größeren Dienst erweisen als durch die schönsten Beschlüsse über Herabminderung der Rüstungen, denen nach Lage der Umstände zur Zeit eine praktische Folge nicht gegeben werden kann.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 24. Januar.

* **Paris.** Kammer. Ein Antrag Vaillant, welcher die Regierung auffordert, auf der Abrüstungskonferenz die Einsetzung eines Schiedsgerichts zur Verminderung der stehenden Heere in Vorschlag zu bringen, wurde mit großer Majorität abgelehnt.

* **Paris.** Kammer. Der von dem Minister Delcassé bekämpfte Antrag des Sozialisten Sembat betr. die Abschaffung der Botschaft beim Vatikan wurde mit 323 gegen 198 Stimmen abgelehnt; ein von Delcassé gleichfalls bekämpfter Antrag des Sozialisten Dejeanne, die für die französischen Niederlassungen im Orient bewilligten Subventionen herabzusetzen, da fremde Missionare davon Nutzen hätten, wurde ebenfalls mit 401 gegen 138 Stimmen abgelehnt.

Berlin. Reichstag. Die zweite Etatsberathung wird fortgesetzt bei dem Etat des Reichsamts des Innern. Titel Staatssekretär. — Abg. Stöcker (christl.-soz.) äußert seine Genugthuung über die Bereitschaft auch der nationalliberalen Partei, an der Weiterbildung der sozialpolitischen Gesetzgebung mitzuwirken. Die evangelisch-christlichen Arbeiter halten die Februar-Erlasse noch nicht für erledigt, sie wünschen eine Organisation der Arbeiter in Berufsvereinen und sie wollen jede Einschränkung des Koalitionsrechts vermieden wissen, weil das nur die Sozialdemokratie stärke. Eine Besserstellung der Arbeiterwelt macht auch die Industrie tüchtiger, weshalb solle sich also die Industrie vor einer Fortbildung der sozialpolitischen Gesetzgebung fürchten. Der Gang derselben in zweifellos in den letzten Jahren ein überaus schleppender geworden, die frühere Freudigkeit hat ganz aufgehört. Die Sozialdemokratie können wir auf die Dauer in unserem Staatswesen nicht behalten und wir werden sie nicht behalten; aber so etwas vollzieht sich nicht in zwanzig Jahren. Die Revolutionsidee und die Revolutionirung haben die Sozialdemokraten schon jetzt aufgegeben, und ich habe mich gefreut, daß Herr v. Vollmar auf dem letzten Sozialistenkongreß sagte: So laßt doch endlich jene ewigen Anpreisungen der Kommune! Ich glaube ja nicht, daß die Herren schon aus dem Saulus ein Paulus geworden sind, aber es ist doch schon ein Anfang da. Alle die Polizeigesetze sind nur schädlich. Der Terrorismus der Sozialdemokratie gegen Arbeitswillige ist allerdings Thatsache, aber man findet den Terrorismus auch bei den Arbeitgebern. Es fragt sich noch, welcher Terrorismus schlimmer ist, ob der der Sozialdemokratie, oder der der Plutokratie, aus der doch eigentlich die Sozialdemokratie als Gegenwehr hervorgegangen ist. Den Schutz gegen Terrorismus müßte man doch mindestens auf die ganze Arbeiterwelt ausdehnen und ihn nicht blos auf die Arbeitnehmer beschränken, sonst werde die Erbitterung noch größer, das Uebel noch schlimmer. Kranken-, Unfall- und Invaliditäts-Versicherung genügten nicht, zumal sie reformbedürftig seien. Die Hauptsache bleibe Schaffung bezw. Zulassung von Berufsorganisationen, damit die sich die Arbeiter auch selbst zu helfen vermögen. — Abg. Dr. Müller-Meiningen (freis. Volksp.): Die eben gehörte Rede war sehr antisemitisch. (Lebhafte Zustimmung.) Ich habe es nicht so bös gemeint. Ich wünsche, daß die Regierung den Beitritt Deutschlands zu der Internationalen Union zum Schutze gewerblichen Eigenthums von einem Vorgehen auch des Auslandes im Sinne unseres Gesetzes gegen unlauteren Wettbewerb abhängig mache. Auch dieses Gesetz entspreche noch nicht allen an ein solches Gesetz zu stellenden Anforderungen. Bedauerlich sei, daß der Bundesrath bisher noch so wenig von den Befugnissen des Paragraph 5 zur Verhinderung der sogenannten Quantitätsverschleierung Gebrauch gemacht habe. Redner schließt mit Erörterung einiger befremdlicher Urtheile auf dem Gebiet des unlauteren Wettbewerbs. — Abg. Bückel (Reformp.) tritt für eine deutsche Nationalbibliothek ein. — Abg. Hasse (natlib.) befürwortet die Entsendung einer deutschen Südpolar-Expedition auf Reichskosten. — Staatssekretär Graf Posadowsky erwidert dem Abg. Müller, die Stellung desselben zum internationalen Schutz des gewerblichen Eigenthums wäre ganz dieselbe wie die des Reichskanzlers. Es liegt jetzt die Hoffnung näher, daß es möglich sein wird, daß Deutschland der Union beitritt. Bei den gerichtlichen Urtheilen auf dem Gebiete des unlauteren Wettbewerbs dürfe nicht übersehen werden, daß es sich um eine neue Materie und um eine neue Judicatur handelt. Bezüglich der Abhilfe gegen Quantitätsverschleierung bei Garnrollen ist eine Enquete im Gange. Ueber eine Expedition nach dem Südpol kann ich autoritative Erklärungen nicht abgeben, da dieselbe noch nicht Gegenstand der Erörterung bei den verbündeten Regierungen gewesen ist. Die Bedeutung der Sache werde vom Reichskanzler anerkannt und die Marine würde eventuell die Expedition gern unterstützen. — Abg. Horn (soz.) bestreitet dem Abg. Stocker gegenüber jeglichen Terrorismus der Arbeiter und widerspricht jedem neuen Knebelgesetz. Weiter schildert er die Gesundheitsgefährlichkeit der Glashütten, für deren Arbeiter er vermehrten Schutz fordert. — Abg. Hoch (soz.) verbreitet sich in längerer Ausführung über die ungenügende Gewerbeaufsicht im Baugewerbe. — Staatssekretär Graf Posadowsky erwidert, daß die Mißstände im Baugewerbe und die Nothwendigkeit der Abhilfe seitens der verbündeten Regierungen anerkannt und deshalb auch verschärfte Maßregeln erlassen worden seien. Die Ansicht über die Bauten sei aber nicht den Gewerbeinspektoren zu überweisen, sondern der Lokalpolizei, denn der Bauzustand auf dem Bau und damit die Gefahren auf demselben änderten sich von Tag zu Tag. Uebrigens sei die Regierung soeben mit einer Prüfung über einen verstärkten Bauarbeiterschutz begriffen, und das Resultat der Prüfung müsse man abwarten. — Abg. Aug ft (südd. Volksp.) wünscht Arbeiterschutz auch für die Landarbeiter. — Staatssekretär Graf Posadowsky erklärt, mit diesem Wunsch zu sympathisiren, aber angesichts der elementaren Verhältnisse auf dem Lande sei er schwer durchführbar. — Abg. Albrecht (soz.) schildert die Uebelstände in der Hausarbeit bei dem Schneiderhandwerk, vor Allem in der Konfektions-Industrie. — Abg. Schwartz (soz.) fordert dringend eine neue Seemannsordnung. — Damit schließt die Debatte und der Titel Staatssekretär wird genehmigt. — Morgen Jesuitengesetz, Antrag betr. obligatorische Gewerbegerichte, Antrag Rickert betr. Schutz des Wahlgeheimnisses.

Berlin. Abgeordnetenhaus. Das Abgeordnetenhaus ermächtigt seinen Präsidenten, dem Kaiser zu dessen Geburtstag die Glückwünsche des Hauses zu übermitteln und setzt dann die erste Lesung des Etats fort. Abg. Freiherr v. Zedlitz (freikons.) vertheidigt die schleswigschen Ausweisungen und den Schießerlaß des Ministers des Innern gegen die Linke, betont die sozialpolitische Nothwendigkeit des Großgrundbesitzes für den Osten und fordert Sicherung der Rentabilität des heimischen Getreidebaues bei Abschluß von Handelsverträgen, erklärt zwar die Disciplinirung Delbrück's für formell gerechtfertigt, hätte aber doch gewünscht, daß sie unterblieben wäre und tritt schließlich für die Regelung der Schulunterhaltungspflicht und für immer weitere Nutzbarmachung der Staatsbahnen für unser nationales Erwerbsleben ein. Abg. Motty (Pole) wendet sich gegen die beantragte Erhöhung des Polenfonds, der nur Germanisirungszwecken diene. Wie könne man Erfüllung von Pflichten von den Polen fordern, wenn man diesen ihre Muttersprache rauben wolle. Abg. v. Standy (kons.) weist

Densow's Eiernudeln | Germania-Maccaroni | werden allgemein bevorzugt.